Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirk Hessen-Thüringen

DGB Bezirk Hessen-Thüringen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt

Thüringer Innenministerium
Minister Jörg Geibert
Postfach 900131

99104 Erfurt

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt/Main

Telefon: 0 69 –27 30 05-0
Telefax: 0 69 – 27 30 05-45
e-mail Adresse: Hessen@dgb.de

Telefon-Durchwahl
069 / 27 30 05-**20/21**

http://hessen-thueringen.dgb.de

Abteilung	Unsere Zeichen	Datum
Vorsitzender	sk/be	15.12.2010

Tarif- und Besoldungsrunde 2011

Sehr geehrter Herr Geibert,

gestern haben die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die Tarifrunde 2011 mit den Ländern beschlossen. Der DGB Bezirk Hessen/Thüringen unterstützt die Tarifforderungen und fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung bzw. für die qualitativen Verbesserungen die wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Versorgungsempfängerinnen und –empfänger sowie die Anwärterinnen und Anwärter im Land Thüringen und den Kommunen.

Wir fordern

- eine Anhebung der Entgelte um 50 Euro sowie zusätzlich um 3 Prozent

- die Übernahme aller ausgebildeten Anwärterinnen und Anwärter, Referendarinnen und Referendare sowie der Ausgebildeten in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, um gerade jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen

- die Wiedereinführung der 40-Stunden Woche

Die Beamtinnen und Beamten in Thüringen sind, trotz oft schwieriger Arbeitsbedingungen, engagiert und leisten gute Arbeit. Dies muss auch finanziell anerkannt werden. Der öffentliche Dienst hinkt in der Einkommensentwicklung der Wirtschaft weit hinterher. Ein erneutes Abkoppeln von der Einkommensentwicklung kann nicht akzeptiert werden und wird auch die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen

Datenschutzhinweis nach § 33 Abs. 1:
Name, Adresse und zur Bearbeitung notwendige Angaben werden vorübergehend gespeichert.

Dienst weiter erschweren. Eine solche Entwicklung kann nicht in Ihrem Interesse sein.

Gleichzeitig ist Thüringen Schlusslicht bei der wöchentlichen Arbeitszeit. Alle anderen Bundesländer außer Hessen haben bereits beschlossen, die 40-Stundenwoche wieder einzuführen. Wir fordern nachdrücklich, dass die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten der Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten angepasst und auf 40 Wochenstunden reduziert wird. Dies umso mehr, als es von der Landesregierung bereits mehrfach angekündigt, leider aber immer noch nicht umgesetzt wurde.

In den letzten Wochen hat die Landesregierung mehrfach betont, wie gut Thüringen die Wirtschafts- und Finanzkrise gemeistert hat. Dies wäre ohne die gute Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht möglich gewesen. Wir fordern Sie deshalb auf, den Beschäftigten hierfür Ihre Anerkennung zu zeigen und unsere moderaten Forderungen umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Körzell
DGB-Bezirksvorsitzender